

Endlich ist sie nun da, die durch den Bundesverband der Freien Berufe in Auftrag gegebene Studie zu „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“.

Seit Jahren setzten sich die deutschen Freiberufler mit dem Ansinnen der Europäischen Kommission auseinander, dass die bei den Freien Berufen in Deutschland vorhandene Regulierung für den Berufszugang, die Berufsausübung und die berufliche Selbstverwaltung die Marktentwicklung behindere.

Die von zahllosen Protagonisten aus Politik, Wirtschaft und den Freien Berufen selbst empirisch vorgebrachten Argumentationen zur hohen Qualität freiberuflicher Dienstleistung mit Gemeinwohlverantwortung auf der Grundlage der in Deutschland vorhandenen Regulierungen, ist nun auch in einer entsprechenden Studie nachgewiesen.

Das „Düsseldorfer Institut for Competition Economics (DICE)“ hat mit wirtschaftswissenschaftlichen Methoden nachgewiesen, dass eine Liberalisierung des Marktzutritts zu einer ineffizient hohen Anzahl an Anbietern und zu einer niedrigen Qualität der erbrachten Leistungen führt. Zugangsbeschränkungen bilden daher ein probates Mittel zur Verbesserung des Marktergebnisses ab. Außerdem sind bei den Freien Berufen die nicht vorhandenen Möglichkeiten der Rationalisierbarkeit und Delegierbarkeit der Dienstleistung keine Produktivitätstreiber, wie in gewerblichen Bereichen.

Bei den freiberuflichen Dienstleistungen kommt darüber hinaus dem gemeinwohlbezogenen Charakter der Dienstleistung eine besondere Bedeutung zu. Die gesamte Gesellschaft hat nämlich ein vitales Interesse an einer hohen qualifizierten Dienstleistung, da es sich um Dienstleistungen handelt, die existenzielle Lebensbereiche der Bürger untereinander und des Verhältnisses von Bürger und Staat betreffen.

Die Studie weist nach, dass bei unreguliertem und freiem Marktzutritt die soziale Wohlfahrt sinkt. Dabei kommt es natürlich auf die richtige Art und Weise der Regulierung an. Eine konkrete zielgenaue Regulierung führt in jedem Fall zu einer Wohlfahrtsverbesserung.

In Bezug auf die Frage „Preisuntergrenzen und regulierte Preise“ wird im Ergebnis festgehalten, dass in dem freiberuflichen Markt ein regulatorischer Eingriff der den Preiswettbewerb einschränkt und eine Preisuntergrenze vorsieht, die Markteffizienz erhöht. Die Einschränkung des Preiswettbewerbs führt also zu besseren Ergebnissen im Hinblick auf die Gesamtwohlfahrt. Dieses Ergebnis ist der Besonderheit von Vertrauensgütermärkten geschuldet. Bezogen auf die Produktivität freiberuflicher Dienstleistungen wird auf die besondere Qualität dieser Dienstleistungen insoweit eingegangen, als sie nicht lagerfähig sind und Produktion und Konsum der Dienstleistungen räumlich und zeitlich kaum zu trennen sind. Das impliziert auch eine relativ geringe räumliche Handelbarkeit. Die Potenziale zu Effizienzgewinnen sind aufgrund der fehlenden Möglichkeit der Freien Berufe, Skalenerträge zu realisieren, Prozesse zu automatisieren und Dienstleistungen zu standardisieren, sehr beschränkt.

Besonders hinzuweisen ist auf die Erkenntnis der Studie hinsichtlich der Aussagekraft des „OECD-Regulierungs-Indikator“.

Es wird nachgewiesen, dass die diesem Indikator zugrunde liegenden Maßstäbe zum einen ungenau sind und zum anderen zu falschen Folgerungen führen.

Eine ungenaue Abbildung erfolgt insbesondere dadurch, dass in Volkswirtschaften, in denen ein Beruf innerhalb der Berufsgruppe eine lange, alle anderen Berufe aber eine kurze Qualifikationsphase haben, ein hoher Regulierungsgrad zugeschrieben wird. Zusammenfassend lässt sich aber feststellen, dass die von der OECD zugrunde gelegte Hypothese, dass weniger Regulierung stets Effizienzfördernd ist, in Märkten für Freie Berufe aufgrund der Informationssymmetrie zwischen Dienstleister und Dienstleistungsempfänger zu kurz greift. Ein hoher Indikatorwert für die Freien Berufe geht nicht notwendigerweise mit ineffizienten Marktergebnissen einher.

Letztlich führte die aktuelle Studie den Nachweis, dass ein Vergleich des Wirtschaftsbereichs der Freien Berufe mit anderen Wirtschaftsbereichen ein verzerrtes Bild vermittelt. Unabhängig von den recht eindeutigen Ergebnissen der Studie wird noch ein langer politischer Überzeugungsprozess erforderlich sein, um die Akteure der Europäischen Kommission zu den richtigen Maßnahmen zu veranlassen.